

# Rot-Grün kommt Familien teuer zu stehen!



**Frauen Union**

## Bündnis 90 /Die Grünen greifen das Ehegattensplitting an.

### Teuer für Familien!

- Das steuerliche Ehegattensplitting ist keine Steuervergünstigung, sondern stellt sicher, dass ein Ehepaar nicht höher besteuert wird als zwei Menschen, die nicht miteinander verheiratet sind aber genau so viel verdienen.
- Das Ehegattensplitting kommt zu 90 Prozent Familien mit Kindern zugute. Würde das Ehegattensplitting reduziert werden, dann wären Familien, in denen nur ein Partner erwerbstätig ist, besonders stark betroffen. Das heißt also vor allem junge Familien mit kleinen Kindern und kinderreiche Familien.
- Auch bei einer Einschränkung des Ehegattensplittings könnten Geschiedene den Unterhalt für den früheren Ehepartner bis zu einer Höhe von rund 14.000 Euro steuerlich geltend machen. Verheiratete dürfen nicht schlechter gestellt werden!
- Rot-Grün versuchte - bislang erfolglos - eine Art Ehegattensplitting für eingetragene Lebenspartnerschaften einzuführen. Jetzt wollen die Grünen das Ehegattensplitting für Verheiratete reduzieren.

**Frauen-Union der  
CDU Berlin**

**Landesvorsitzende:  
Edeltraut Töpfer, MdB**

Wallstraße 14 a  
10179 Berlin-Mitte

Telefon 030/227 – 5 24 21  
Telefax 030/227 – 7 63 11  
[www.frauenunion-berlin.de](http://www.frauenunion-berlin.de)  
[www.edeltraut-toepfer.de](http://www.edeltraut-toepfer.de)

## Rot-Grün verspricht Luftschlösser und stellt ungedeckte Schecks aus.

### Teuer für Familien!

- Das einkommensabhängige Elterngeld kostet 1,3 Milliarden Euro mehr als das Erziehungsgeld. Es ist völlig unklar, wie die Mehrausgaben finanziert werden sollen. Eltern mit geringem Einkommen würden statt 450 Euro Erziehungsgeld für ein Jahr nur noch 300 Euro Elterngeld erhalten.
- Den von Rot-Grün versprochenen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kleinkinder müssen die Kommunen und dann die Eltern zahlen. Tatsächlich warten die Kommunen bislang vergeblich auf die 1,5 Milliarden Euro, die ihnen durch die Umstrukturierungen im Zuge von „Hartz IV“ zufallen sollten.
- Unter Rot-Grün sind die öffentlichen Finanzen völlig aus dem Ruder gelaufen. Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte steigt rasant. Jedes neugeborene Kind kommt heute bereits mit rund 16.500 Euro Staatsschulden auf die Welt.

**CDU**